

## **Beschluss des Landrats vom 03.11.2022**

Nr. 1762

### **2. Zur Traktandenliste 2022**

2021/746; Protokoll: mf, ak

Die beiden Interpellationen (Traktanden 10 und 11) werden nach der 2. Pause um 17.30 Uhr beraten. Die Traktanden 64, 65 und 67 sollen abgesetzt werden, da Miriam Locher und Pascale Meschberger am Abend abwesend sind.

://: Die Traktandenliste wird nach Absetzung der Traktanden 64, 65 und 67 stillschweigend beschlossen.

– *Zur Frage der Dringlichkeit: Interpellation 2022/603 der Fraktionen FDP, Mitte/glp und SVP: Aufgaben- und Finanzplan 2023-2027 und aktuelle Entwicklung*

Der Regierungsrat ist, so Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP), mit Dringlichkeit einverstanden.

**Laura Grazioli** (Grüne) spricht für die Fraktion Grüne/EVP, erklärt aber, auch aus Finanzkommissions-Sicht etwas befangen zu sein. Mit dem AFP-Prozess wurde es in den letzten Jahren erfolgreich geschafft, den Budgetprozess und die Langfristplanung wesentlich effizienter zu gestalten und weitgehend – soweit möglich, realistisch und sinnvoll – zu entpolitisieren. Im Rahmen dieses Prozesses, an dem alle Fraktionen via ihre Mitglieder der Finanzkommission beteiligt sind, ist es einfach möglich, innert der gesetzten Fristen Fragen einzureichen und darauf differenzierte Antworten von Regierung und Verwaltung zu erhalten. Dieser Prozess läuft aktuell gerade. Es ist beim besten Willen nicht zu verstehen, weshalb dieser Prozess nicht ordentlich genutzt wird, sondern man jetzt wertvolle Parlamentszeit darauf verwenden möchte, eine Kommissionsdebatte ins Plenum zu verlegen. Ausserdem wirkt dieses Vorgehen erst recht befremdlich, weil doch immer wieder partei- und fraktionsübergreifend betont wird, wie ausserordentlich gut und effizient dieser AFP-Prozess laufe; mit einer solchen Interpellation würde dieser aber untergraben. Ebenfalls irritierend ist es – bei aller Wertschätzung für den Finanzdirektor –, dass der Regierungsrat bereit ist, der Dringlichkeit zuzustimmen und damit den selbst vorgesehenen Prozess zu konkurrieren. Die Fraktion Grüne/EVP sieht die Interpellation nicht als dringlich an.

**Roman Brunner** (SP) gibt bekannt, dass auch die SP-Fraktion Dringlichkeit ablehne. Die gestellten Fragen sind nicht dringend und müssen daher nicht zwingend heute beantwortet werden. Laura Grazioli hat den eingespielten Budget-Prozess bereits erwähnt. In der Finanzkommission konnten einerseits Fragen gestellt werden, und es liegen teils auch bereits umfangreiche Antworten vor. Andererseits konnten heute bis 09.45 Uhr Budget- und AFP-Postulate eingereicht werden. Das heisst, dass wenn heute die Interpellation beantwortet würde, könnte damit gar nichts mehr bewirkt werden.

Der Grund für diesen Vorstoss erschliesst sich einem natürlich schon: Eine entsprechende Diskussion wäre natürlich ein willkommenes Wahlkampfvehikel. Aber der Finanzdirektor wird im Rahmen der Budgetdebatte im Dezember zweifellos auf diese verschiedenen Themen eingehen können. Für Dringlichkeit gibt es keinen Anlass, weshalb die SP-Fraktion den Antrag ablehnen wird.

**Peter Riebli** (SVP) bestätigt, dass es einen geregelten Budgetprozess gebe, und anerkennt, dass das Thema wahlkampfrelevant sei – aber für beide Seiten –, er hält aber fest, die Dringlichkeit sei

gegeben. Denn es gilt, gewisse, aus wahlkampfaktischen Gründen den Medien zugespielte Fake News richtigzustellen. Damit kann nicht gewartet werden, bis die AFP-Diskussion vorbei ist, sondern dies muss heute geschehen.

**Andreas Dürr** (FDP) stimmt seinem Vorredner zu. Die Bevölkerung ist verunsichert; ungeklärte Finanzfragen stehen im Raum, und dazu braucht man Klarheit, und zwar jetzt – auch im Hinblick auf die Diskussion zu Stichworten wie Nationalbankgewinne, Teuerungsausgleich, Krankenkassenprämienverbilligung etc. Die Bevölkerung hat einen Anspruch auf Klarheit. Es ist hochgradig irritierend, dass Links-Grün offensichtlich diese Klarheit nicht will. Es ist natürlich klar, weshalb: damit man weiterhin irgendwelche Behauptungen herausposaunt werden können, ohne dass der Regierungsrat dazu Stellung nehmen kann.

**Simon Oberbeck** (Die Mitte) ist sehr überrascht über die Gesprächsverweigerung von Rot-Grün, die sonst jeweils der Gegenseite Gesprächsverweigerung vorwirft. Es ist nicht verständlich, weshalb man dieser Dringlichkeit nicht stattgeben kann, denn es ist wichtig, dass die Diskussion heute geführt werden kann.

**Marco Agostini** (Grüne) entgegnet, die Regierung könne selbstverständlich von sich aus die Bevölkerung über Wichtiges informieren – dafür braucht sie keine dringliche Interpellation.

**Saskia Schenker** (FDP) erinnert daran, dass der Regierungsrat vor einigen Wochen gesagt habe, er müsse zum Thema Prämienverbilligungen zuerst eine Auslegeordnung vornehmen, bevor er Fragen beantworten kann – Fragen, die von der Linken als sehr dringlich betrachtet worden waren. Nun ist die Verunsicherung in der Öffentlichkeit zu diesem Thema, aber auch zum Teuerungsausgleich und zu den SNB-Millionen, noch grösser geworden. Gerade deshalb ist es enorm wichtig, dass der Regierungsrat, soweit möglich, das Parlament über den aktuellen Stand informiert. Diese Fragen haben nichts mit dem AFP-Prozess und nichts mit allfälligen Budget-Anträgen zu tun. Sondern es geht darum, welches die Strategie des Regierungsrats ist und was er aktuell für Antworten auf die aktuellen Fragen bereithält. Das muss der Landrat angesichts der Situation heute hören können.

**Jan Kirchmayr** (SP) glaubt, wenn es der Gegenseite so wichtig wäre, die Informationen heute zu bekommen, dann hätte sie ein anderes Instrument nutzen können, nämlich die Fragestunde. Und wenn der Finanzdirektor von sich aus etwas kommunizieren möchte, könnte er ja das Instrument der Publireportage nutzen – das nur als Tipp.

://: Mit 47:37 Stimmen bei 1 Enthaltung ist das Zweidrittelmehr von 57 Stimmen verpasst; Dringlichkeit ist somit abgelehnt.

---